

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

17. WP - 31. Sitzung

am Mittwoch, dem 6. April 2011, 10 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

| | |
|--|-----------------------------|
| Bernd Schröder (SPD) | Vorsitzender |
| Hans-Jörn Arp (CDU) | |
| Johannes Callsen (CDU) | |
| Hartmut Hamerich (CDU) | |
| Karsten Jasper (CDU) | |
| Jens-Christian Magnussen (CDU) | |
| Regina Poersch (SPD) | |
| Bernd Heinemann (SPD) | i. V. von Marion Sellier |
| Katharina Loedige (FDP) | i. V. von Oliver Kumbartzky |
| Christopher Vogt (FDP) | |
| Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | |
| Björn Thoroë (DIE LINKE) | |
| Lars Harms (SSW) | |

Weitere Abgeordnete

Hartmut Hamerich (CDU)
Markus Matthießen (CDU)
Ursula Sassen (CDU)
Detlef Buder (SPD)
Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ranka Prante (DIE LINKE)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

| Tagesordnung: | Seite |
|---|--------------|
| 1. Präsentation der Offshore-Strategie durch den Projektleiter windcomm schleswig-holstein, Herrn Matthias Volmari | 4 |
| hierzu: Umdrucke 17/1224 und 17/2258 | |
| 2. Gespräch mit Akteuren der Offshore-Windenergiebranche | 7 |
| hierzu: Internetlink zum Protokoll der 23. Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 4. Oktober 2010 (Helgoland-Tag) http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/aussch/wirtschaft/niederschrift/n10.htm | |
| 3. Aktenvorlagebegehren nach Artikel 23 Abs. 2 der Landesverfassung | 16 |
| Anträge des Abgeordneten Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Umdrucke 17/2054 und 17/2158 | |
| 4. Verschiedenes | 16 |

Der Vorsitzende, Abg. Schröder, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Präsentation der Offshore-Strategie durch den Projektleiter windcomm schleswig-holstein, Herrn Matthias Volmari

hierzu: Umdrucke 17/1224 und 17/2258

Herr Volmari präsentiert die Offshore-Strategie der windcomm schleswig-holstein (s. Umdrucke 17/1224 und 17/2258).

Herr P. Singer, Kreis Pinneberg, erklärt einleitend, er sei vom Kreis Pinneberg und von der Gemeinde Helgoland beauftragt, eine Infrastruktur zu schaffen, damit sich Windparkbetreiber auf Helgoland ansiedeln könnten. Das Helgoland-Cluster sei ein gut geeigneter Standort. Es gebe bereits konkrete Pachtvertragsverhandlungen und Nutzungsverhandlungen. Die Fläche müsse in Abstimmung mit den Windparkbetreibern und dem Hafenreferat beplant werden. Daneben müsse die Ver- und Entsorgung der Insel an der Südkaje sichergestellt werden; derzeit liefen sie über den Binnenhafen, das sei nicht optimal. Ein Windparkbetreiber werde bereits 2011 in die Errichtungsphase eintreten, was einen zeitlichen Druck für den Aufbau der Infrastruktur bedeute. Die Hafengesellschaft Helgoland bitte daher um Unterstützung durch das Land.

Von Betreiberseite beginnt Herr Assheuer mit der Vorstellung der Projekte Meerwind Süd und Ost seiner Firma, der Wind MW GmbH, die sich im Eigentum einer der größten Privatinvestoren weltweit mit Sitz in New York befinde. Für die ein bis anderthalb Jahre dauernde Bauphase stünden die Häfen Cuxhaven und Esbjerg zur Verfügung. Für den anschließenden circa 25-jährigen Betrieb solle Helgoland genutzt werden und darüber hinaus ein Festlandshafen für Großkomponenten. Für den Hafen Helgoland sei Planungssicherheit vonnöten. Damit Mitarbeiter auf Helgoland wohnen könnten, seien bereits Gebote abgegeben worden, um Grundstücke zu kaufen. Benötigt würden auch Hafensflächen, um Hallen für das Lagern von Ersatzteilen und Werkzeugen von je 1600 m² Grundfläche zu bauen. Außerdem würden Liegeplätze für Schiffe benötigt, um die Mitarbeiter zu den Windparks und zurück zu bringen. Damit ein Windpark stets verfügbar sei, sei ein Servicehafen in der Nähe unabdingbar, um kurze Reaktionszeiten zu haben und Personal und Material unterzubringen. Diese Kriterien erfülle Helgoland. Die Planungssicherheit für die Wind MW GmbH sei jedoch nicht ausrei-

chend gegeben, sodass die Firma auch einen B-Plan habe. Bis Ende des Jahres wolle man eine Entscheidung treffen. Drei zukünftige Betreiber für insgesamt 1 GW Leistung hätten konkrete Anforderungen an den Hafen formuliert. Die Hafengesellschaft Helgoland arbeite mit großem Engagement. Ein Erfolg komme allen Beteiligten zugute.

Herr Würtz stellt die RWE als zweiten Betreiber vor, der im Helgoland-Cluster einen Windpark bauen wolle, und zwar bereits in 2011. Die schon angesprochene Liste der Anforderungen an einen Hafen Helgoland sei maßgeschneidert und sollte abgearbeitet werden. Derzeit werde einiges über Niedersachsen oder Dänemark abgewickelt. Das Planungsverfahren sollte rechtzeitig und im Sinne aller Beteiligten gut abgeschlossen werden, sodass es ein Vorbild für Häfen im Sylt-Cluster sein könne. Bezüglich Helgoland sei Vertrauen aufgebaut worden. Bei zwanzig Jahren Betriebsdauer zeitige eine mangelhafte Infrastruktur hohe Folgekosten. Daher müsse es Planungssicherheit geben. Helgoland sei für RWE der optimale, aber nicht der einzige mögliche Standort. Es sei besser, einen Hafen sehr gut auszubauen, statt mehrere nur zum Teil und in Konkurrenz zueinander.

Herr Dr. Michels, der Verantwortliche bei E.ON Climate Renewables für Entwicklung und Konzept des Betriebs des Projektes Amrumbank, bestätigt als dritter Investor, dass Helgoland die beste Lösung sei. Wohnen auf einer Plattform biete weniger Lebensqualität als Wohnen auf der Insel. Auch von seiner Seite sei anzuerkennen, dass Kreis und Gemeinde sehr engagiert und genau arbeiteten. Allerdings seien noch Hürden zu nehmen, und die Zeit dränge. Für E.ON seien Helikopterstützpunkte auf Helgoland von Bedeutung. Die Infrastruktur dafür sei im Südhafen vorhanden; seine Firma strebe eine Mitnutzung an. E.ON habe Erfahrung mit dem Windpark „alpha ventus“ gesammelt und wisse um Schwierigkeiten und Notwendigkeiten. Bezüglich Helgoland sei der politische Wille vorhanden, nicht jedoch die Planungssicherheit.

Sodann fährt Herr Friedrichs, Verantwortlicher aller europäischen Offshore-Projekte von Vattenfall, fort, Vattenfall betreibe das Projekt Dan Tysk im Sylt-Cluster. Der Helgoländer Hafen sei wichtig dafür. Aufgrund der großen Entfernung zu allen Häfen habe sich Vattenfall jedoch für Plattformkonzepte entschieden. Beim Sylt-Cluster sei sein Projekt das einzige mit einer Investitionsentscheidung. In Deutschland gebe es bei genehmigten 8.500 MW für lediglich gut 2.000 MW belastbare Investitionsentscheidungen; nur dafür seien Verträge unterschrieben. Umweltschutz, insbesondere Schallschutz und Vogelschutz, würde von der Branche ernstgenommen und vorangebracht. Das Thema Seetaucher müsse allerdings noch aufgearbeitet werden. Wenn die Politik die Offshore-Industrie befördern wolle, müsse sie einer Firma die Möglichkeit geben, pro Projekt mindestens 1 Milliarde € auszugeben. Für eine Industrie, die nicht auf eine lange Erfahrung zurückblicken könne, sei das eine sehr große Summe. Da-

her müssten die Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass für mehr Projekte Verträge unterschrieben würden.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Gespräch mit Akteuren der Offshore-Windenergiebranche

hierzu: Internetlink zum Protokoll der 23. Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 4. Oktober 2010 (Helgoland-Tag)
<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/aussch/wirtschaft/niederschrift/n10.htm>

Abg. Magnussen dankt für die Vorträge unter TOP 1 und bestätigt, dass die Investitionen gewaltig seien und die Infrastrukturinvestitionen nur in Zusammenspiel gestemmt werden könnten. Gelöst werden müsse noch die Netzanbindung. Die Politik sei in der Verantwortung. Eine ähnliche Gesprächsrunde sollte auf Bundesebene stattfinden, bei einem parlamentarischen Abend oder im zuständigen Bundestagsausschuss. Denn beim Bund müssten die finanziellen Mittel eingeworben werden. Im Zusammenhang mit Onshore habe man sich dafür ausgesprochen, dass die Gewerbesteuer nicht am Standort des Betreibers zu zahlen sei, sondern dort, wo die Windräder stünden. Bei Offshore werde argumentiert, die Einnahmen sollten den Bundesländern zugeordnet werden. Dieses Thema müsse noch aufgearbeitet werden. Es sei lobenswert, dass alle norddeutschen Häfen kooperierten. Das machten Private besser als die Politik, die allerdings mit den Häfen und den Betreibern an einem Strang ziehen müsse.

Abg. Harms vertritt die Auffassung, die Offshore-Technologie sei der große kommende Wirtschaftszweig. Damit sie für Schleswig-Holstein Früchte trage, müsse das Land Geld in die Hand nehmen. Teilweise sei bereits Know-how abgewandert. Daher sei konkret zu fragen, was der Ausbau der Häfen aus Sicht der Windenergiebranche koste und wie viel die Landesregierung zahlen könne. Wenn 2011 und 2012 mit privaten Investitionen begonnen werden solle, sei Eile geboten. Der Hafen Husum, der dem Land gehöre, müsse zum Nutzen aller saniert werden. Es sei zu fragen, wie weit die diesbezüglichen Bemühungen fortgeschritten seien. Bis vor einem halben Jahr habe sich das Land geweigert, einen Zuschuss für die Zuwegung zum Hafen zu geben.

Abg. Dr. Tietze betont die Notwendigkeit der Onshore- und Offshore-Technologie, wenn auf Atomenergie verzichtet werden solle. Zu fragen sei, weshalb Planung und Genehmigung nicht beschleunigt werden könnten, ob Gesetze geändert werden müssten, ob Zuständigkeiten sich gegenseitig behinderten, ob in den Ämtern zu wenig Personal vorhanden sei. Die Fachleute sollten sich bezüglich Eingriff in die Natur zum Thema Abwägung zwischen 380-kV-Trasse und Seekabel äußern. Es sollte machbar sein, im Interesse des Ausstiegs aus der Atomenergie

gemeinsam die Windenergie zügig auszubauen, wobei der Natur möglichst wenig geschadet werden dürfe.

Abg. Arp erklärt, ein Teil der Wertschöpfung müsse durch den Ausbau der Häfen in den Werften Schleswig-Holsteins ankommen.

Abg. Thoroë bittet um Auskunft, wie die Gewerbesteuer durch Windenergie verteilt werde respektive verteilt werden solle, ob beziehungsweise wie weit eine Kooperation mit dänischen Häfen gediehen sei, wie die Hafenkooperation beurteile, dass Schleswig-Holstein landeseigene Häfen verkaufen wolle, ob Helgoland genug Platz für das Engagement dreier großer Energiekonzerne biete und welche Kapitalrendite für die Windparks angestrebt werde.

Abg. Vogt fragt, ob vom Ausbau der Windkraft der bestehende Mittelstand in Schleswig-Holstein profitiere, wie der gewonnene Strom in ein Netz eingespeist werden solle, welche Chancen Schleswig-Holstein beim Bau von Spezialschiffen habe, was hierbei vom Land erwartet werde und welche Probleme beim Umwelt- und Naturschutz zu gewärtigen seien.

Herr P. Singer antwortet für die Hafengesellschaft Helgoland, Daseinsvorsorge und Infrastruktur seien grundsätzlich öffentliche Aufgaben. Allerdings gebe es auch Privatisierungsmodelle. Jedoch müsse der Hafen Helgoland diskriminierungsfrei und neutral betrieben werden. Eine Beteiligung der Windparkbetreiber an den Infrastrukturkosten führe mithin zu Interessenskonflikten. Auf Helgoland gebe es das Bundesverkehrsministerium, das Bundesfinanzministerium und die Gemeinde Helgoland als Grundstückseigentümer. Die Frage der Zuständigkeit in Genehmigungsverfahren sei mittlerweile geklärt. Im Hinblick auf den künftigen Ausbau eines anderen Hafens sollte die Zuständigkeit jedoch gesetzlich klar geregelt werden. Schon bei der Genehmigung für einen einzigen Hafen sei das Personal so knapp, dass Wartezeiten entstünden. Kämen Verfahren für andere Häfen hinzu, verschärfe sich die Situation, sodass mögliche Investoren eventuell auswichen, ihren Plan B realisierten. Es sei vorgesehen, die Zuständigkeit vom Landesbetrieb Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz, einer Behörde des MLUR, auf den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr, eine Behörde des Wirtschaftsministeriums, zu verlagern. Wichtig sei dabei, dass es einen festen Ansprechpartner gebe, um Leerlauf und Reibungsverluste zu vermeiden.

Herr Lamla, Verantwortlicher für Bau und Planung innerhalb der Hafengesellschaft Helgoland, legt dar, auf Helgoland werde schnell und präzise in Kooperation mit den ansiedlungswilligen Betreibern gearbeitet. Der Grundausbau des Hafens koste 15 Millionen €; dieser Betrag sei gesichert. Es gebe noch eine Deckungslücke von 7 Millionen €, was bei einer Milliardeninvestition ein kleiner Betrag sei. Er sollte aufzubringen sein. Die Hafengesellschaft sei

bestrebt, weitere Flächen im südlichen Hafenbereich von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, der BImA, zu übernehmen. Wie die Flächen zwischen den Interessenten aufgeteilt würden, werde in den kommenden Wochen besprochen und, da der feste Wille aller Beteiligten vorhanden sei, zu einem Konsens zu kommen, auch geregelt. Probleme könnten Altlasten aus dem Zweiten Weltkrieg machen. Damit im Herbst 2011 der erste Investor anfangen könne, sei die Unterstützung aller Instanzen unabdingbar, um Verfahren kurz zu halten. Nötig sei - diese Bitte werde seit über einem Jahr geäußert - eine Stelle in Kiel, die in Sachen Windkraft koordine, einsammle, vermittele, gestalte und zu Sitzungen einlade, sodass nicht von unten, quasi als Bittsteller, die Dinge mit viel Aufwand und mit Reibungsverlusten in Gang gebracht werden müssten.

Abg. Heinemann bekundet, nach dem informativen Eingangsvortrag stellten sich neue Fragen, zum einen nach der Logistik des Betriebs und zum anderen zur Technologieproduktion. Vonseiten des Naturschutzes möge dargelegt werden, welche Auswirkungen, auch positive, sich aus der Windkraftnutzung auf See ergäben.

Herr Würtz lobt die Hafenkooperation, die es verstehe, Stärken zu bündeln. Durch seine geografische Lage sei Helgoland der bevorzugte Hafen für RWE. Der Zeitdruck sei groß, und so sollte zunächst der Hafen Helgoland ausgebaut werden, damit nicht am Ende zwar mehrere, aber nur halbfertige Lösungen angeboten würden. Der fertige Hafen könne als Muster für andere dienen, auch als Werbung für mögliche Investoren. Das Thema Netzanbindung müsse planbarer gemacht werden. Es dürfe keine Auflagen in letzter Minute oder verspätete Netzanlüsse geben. Für RWE, die Mittel für den Bau freigegeben habe, gehe es um konkrete Dinge wie einen Steg im Hafen, einen Schwellenschutz oder das zeitgerechte Durchbringen eines Bebauungsplans. Daran entscheide sich, ob ein Windparks wirtschaftlich betrieben werden könne oder nicht.

Herr Schilling führt aus, der Verband Schiffbau und Meerestechnik sehe für die deutschen Werften in Bezug auf Spezialschiffe im Bereich der Offshore-Windanlagen großes Potenzial. Bisher gebe es erst einen Auftrag für ein Errichterschiff für eine deutsche Werft. Zehn Einheiten seien nach Polen, Korea, China oder Dubai gegangen. Angesichts der öffentlichen Förderung für Hafenausbau, EEG und KfW-Sonderkreditprogramme sollten mehr Aufträge nach Deutschland kommen. Ein Problem stelle die Schiffsfinanzierung dar. Die Banken hätten sich zurückgezogen. Allenfalls Bestellungen aus dem Ausland würden - durch Exportkreditversicherungen - abgesichert.

Herr Dr. Rösner stellt eingangs klar, Landesnaturschutzverband und WWF befürworteten die Offshore-Windenergie. Allerdings müssten Klima- und Naturschutz miteinander vereinbart

werden. Es gebe fünf Problemfelder: die Raumkonkurrenz mit den auf See lebenden Vögeln, das Risiko für Zugvögel, mit einer Anlage zu kollidieren, die Lärmemission insbesondere bei Rammung, mögliche Unfälle zwischen manövrierunfähigen Schiffen und dem Windpark sowie Kabelleitungen durch empfindliche und geschützte Bereiche. Westlich von Schleswig-Holstein lebten Sterntaucher; sie gehörten zur Familie der Seetaucher und seien störepfindlich. Aus Artenschutzgründen würden in deren Gebiet über die genehmigten Windparks hinaus keine weiteren mehr genehmigt. Ein Problem gebe es beim Rammungsschall. Techniken zur Lärmverminderung seien nicht schnell genug entwickelt worden, sodass beim Windpark BARD 1 der Grenzwert erheblich überschritten werde.

Grundsätzlich sei festzustellen, dass die Windenergie onshore in Schleswig-Holstein weniger koste als offshore, mehr Strom bringe und wirtschaftlicher sei, weil weniger in andere Länder ausgelagert werden könne. Wenig Erfahrung gebe es bezüglich des Aufwands, der betrieben werden müsse. Zum Beispiel wäre es nicht gut, wenn Helikopterflotten von Husum aus den Nationalpark Wattenmeer überquerten, um Geräte auf den Plattformen zu warten. So etwas schade dem Tourismus. Bezüglich der Kabelführung sei ein Kompromiss zwischen Naturschutzverband, Ministerium und Betreiberfirma erzielt worden; es sei eine Genehmigung für je zwei Kabel zum Sylt-Cluster und zum Helgoland-Cluster erteilt worden, mit denen die gesamte dort erzeugte Energie abgeführt werden müsse. Dadurch seien eine zweite Trasse durch den Nationalpark und eine größere Anzahl von Kabeln vermieden worden. Dieser Kompromiss sei ein werbendes Beispiel dafür, wie eine Technologie sorgfältig implementiert werden könne.

Herr Gassner vertritt die Auffassung, Offshore-Windenergie sei der Wachstumspfad der Zukunft in der Bundesrepublik Deutschland. Der Offshore-Ausbau am Standort Helgoland befinde sich derzeit in einer kritischen Phase. Bundesregierung, Hersteller und Betreiber seien zum Erfolg verdammt. Bei einer Investition von 1 Milliarde € werde aufmerksam verfolgt, wie die betroffenen Parteien agierten. Von daher sei es wichtig, die Projekte, die anstünden, erfolgreich zu realisieren. Denn wenn Plan B gezogen werden müsste, kämen vermutlich nicht die Anschlussinvestitionen in nachfolgende Projekte, die für die Hafenkooperation von Bedeutung seien.

Herr Friedrichs weist darauf hin, die Energieversorgungsbranche treibe derzeit Projekte voran, bei denen manches unklar sei. So seien zum Beispiel Kosten und Lebensdauer der Anlage sowie die Partnerunternehmen nicht bekannt. Es gebe keine Industriestandards für die Errichtung. Die Schiffe seien noch nicht gebaut und die Häfen nicht ausgebaut. Daher müssten die investitionsreifen Projekte auf jeden Fall unterstützt werden. Dadurch würden Modelle geschaffen, um Vertrauen zu wecken, dass es funktioniere. Bisher gebe es kein Vorbild. Der

älteste kommerzielle Windpark stamme aus dem Jahr 2002. Gerechnet werde mit einer Laufzeit von 20 Jahren. Für den europäischen Offshore-Windenergie-Ausbau würden ohne Netze 150 Milliarden € in den kommenden zehn Jahren benötigt. Eine KPMG-Studie spreche von einer Verzinsung dieser Projekte von 7 Prozent. Onshore-Anlagen seien mindestens so rentabel. Photovoltaik sei völlig risikofrei und könne mithin zu 95 % fremdfinanziert werden. Das bedeute, es müsse dafür gesorgt werden, dass das Risikoprofil in den ersten Jahren verbessert werde. Das Land sei gefordert, einzelne Projekte zu unterstützen und EEG und EnWG entsprechend anzupassen. Wenn ein Offshore-Windpark beispielsweise an ein einziges Kabel angeschlossen sei und dieses durch externe Beeinflussung ausfalle, gebe es für den Windparkbetreiber keine Kompensation; das sei nicht geregelt.

In Sachen Naturschutz gebe es eine gute Zusammenarbeit zwischen Umweltverbänden und Betreibern; man sei sich über das Ziel einig. Derzeit gebe Vattenfall den Bau von Schiffen verbindlich in Auftrag. Die Unternehmen, die in die Offshore-Windenergie investieren wollten, betrieben ein Schallschutztestprogramm für einige Millionen €, gefördert durch das Bundesumweltministerium. Es dürfe jedoch nicht passieren, dass, wenn 2012 eine Schallschutzmaßnahme entwickelt sei, die die Baukosten verdopple, diese für verbindlich erklärt werde. Denn dann sei das ganze Projekt hinfällig. Da risikoreich investiert werde, brauche es Pragmatismus auf beiden Seiten. Denn ohne erste Projekte werde es keinen Ausbau geben: keinen Hafenausbau, keine Fertigungskapazitäten, keine Zulieferer. Es sei ein Prozess hin zu einem optimalen Vorgehen, und der dürfe nicht unterbrochen werden.

St Dr. Zieschang unterstreicht, es herrsche Einigkeit, dass dem Thema Windenergie herausragende Bedeutung zukomme und der Offshore-Bereich erhebliches Potenzial für Schleswig-Holstein berge. Die Schwierigkeiten lägen im Praktischen. Es sei von offenen Finanzierungsfragen gesprochen worden. Ein Windpark koste im zehnstelligen Euro-Bereich. Es gebe sehr wenige Banken in Europa, die solche Summen stemmen könnten. Es gebe Überlegungen der Bundesregierung, wieweit KfW-Programme flankierend helfen könnten.

Die Gemeinde Helgoland habe viereinhalb Jahre mit dem Bund über den Ankauf oder Tausch von Flächen gesprochen, um mit Energieversorgern über eine Nutzung des Hafens überhaupt reden zu können. Um zu beschleunigen, habe das schleswig-holsteinische Wirtschaftsministerium die Kaufverhandlungen moderiert.

Hörnum biete sich als Hafen an. Hätte jedoch die Landesregierung vor wenigen Wochen nicht interveniert, wäre der Hafen Hörnum über die BImA versteigert worden. Dabei hätte die Frage von Ferienwohnungen mit Hafeblick eine größere Rolle gespielt als die nach einer Anlaufstelle für Offshore-Schiffe. Solche Punkte müssten zügig abgearbeitet werden. Dem An-

liegen der Investoren sei zuzustimmen, Prioritäten zu setzen, und die lägen auch für die Landesregierung beim Ausbau des Hafens Helgoland. Die Ursprungsvariante habe 10 Millionen € gekostet, wobei der Bedarf schon damals höher eingeschätzt worden sei. Wenn ein größerer Ausbau gewünscht werde, müsse nach einer Finanzierung gesucht werden, auch über Hafengebühren oder die Beteiligung der Energieversorger. Der Ausbau des Hafens Helgoland habe für die Landesregierung auch deshalb Priorität, weil fertige Investitionsentscheidungen dahinterstünden. Ein Plan B müsse ebenso Genehmigungsverfahren durchlaufen, die ihre Zeit brauchten. Der Ausbau Helgolands werde vonseiten des Landes, des Kreises und der Gemeinde nach Kräften unterstützt.

Der Wechsel der Zuständigkeit von einem Landesbetrieb zum anderen bedeute keinen Wechsel der Personen, sondern lediglich eine Änderung des Organigramms. Hintergrund sei eine Bitte der Hafengesellschaft gewesen.

Schiffbau in Schleswig-Holstein könne vom Offshore-Bereich profitieren. Hier stelle sich das Problem der Schiffsfinanzierung. Chinesische Banken arbeiteten teilweise mit Dumpingpreisen. Das sei jedoch ein Thema für den Welthandel und keine Frage auf der Ebene eines Bundeslandes. Die Chinesen versuchten, durch Preisunterbietung jeglichen Auftrag an sich zu ziehen und insbesondere zu verhindern, dass in Deutschland Referenzschiffe gebaut würden. Das aber sei nötig, um eine Expertise zu haben und am Markt stärker zu werden. Dies sollten Investoren bedenken.

Herr Breiholz spricht den Punkt Genehmigungs- und Planfeststellungsverfahren für Handelshäfen an, die sich bisweilen lange hinzögen. Mit pragmatischerem Herangehen ließe sich Zeit sparen, was dem Standort Schleswig-Holstein in Konkurrenz zu anderen Bundesländern sowie europäischen und außereuropäischen Ländern zugute komme. Für einen planfestgestellten Hafen, in dem eine andere Menge von Gütern umgeschlagen werden sollte, sei in der Vergangenheit geprüft worden, ob die Planfeststellung noch gültig sei oder ob eine Planänderung erforderlich sei. Für einen Investor bedeute dies, dass er nicht einige Wochen, sondern möglicherweise ein Jahr warten müsse.

Herr Dr. Schneiders hebt hervor, Nachhaltigkeit spiele für E.ON Climate Renewables eine zentrale Rolle. Arbeitssicherheit stehe an erster Stelle. IUCN, quasi der WWF der Meere, habe weltweit untersucht, was durch Offshore-Windparks mit Flora und Fauna geschehe. Ergebnis sei gewesen, dass Zugvögel Windparks umflögen und Seetaucher sie meideten. Auf der anderen Seite entstünden künstliche Riffe. Es tue sich also auch Positives. Amrumbank sei das achte Offshore-Projekt für E.ON. Die Erfahrungen aus den anderen Parks bringe E.ON gern in die Diskussion mit Naturschutzverbänden oder anderen Interessierten ein.

Herr Dr. Michels fügt an, im Rahmen von „alpha ventus“ habe die Ruhruniversität Bochum in einer Studie ausgerechnet, wann sich die eingesetzte Energie amortisiere: in weniger als einem Jahr. Das sei etwa die Größenordnung von Onshore, sehr viel geringer als Solar. Bei einer Laufzeit von 25 Jahren sei das eine hervorragende Ausbeute. Für schleswig-holsteinische und generell für deutsche Werften bestehe ein großes Potenzial, allein schon wegen der Qualitätsstandards. Mit Schiffen aus Großbritannien sei die See-Berufsgenossenschaft, die See-BG, nicht immer zufrieden. Nachfrage nach Qualität aus Deutschland gebe es nicht nur für Schiffe, sondern auch für Arbeitskraft. Zwar koste ein Installationsschiff 120 Millionen €, aber mehr als ein Drittel der Lebenszykluskosten eines Windparks mache der Betrieb aus, und der könne nicht abwandern. Durch die Errichtung eines Windparks werde eine komplette Wertschöpfungskette etabliert. Bemerkenswert sei, wie die Hafengesellschaft Helgoland es geschafft habe, dass die knappen Flächen zur Zufriedenheit aller auf die Interessenten verteilt würden. Schwierigkeiten gebe es bei Alltäglichkeiten, etwa der Zuständigkeit oder der Mitnutzung einer Helikopterinfrastruktur.

Abg. Dr. Tietze fragt die Landesregierung, welches Konzept sie in Bezug auf die Häfen vertrete, Verkauf oder Ausbau. Auf die Forderung nach einem einheitlichen Ansprechpartner mit einer Verlagerung der Zuständigkeit auf einen anderen Landesbetrieb zu antworten, löse das Problem der langen Wartezeiten nicht. Erfolgversprechend sei, wie vom Landesnaturschutzverband angeregt, unter gleichberechtigten Partnern zu verhandeln und sich zu einigen.

Abg. Poersch erkundigt sich nach den Möglichkeiten der Landesregierung, im Zusammenspiel von Häfen und Kommunen mitzuwirken, und fragt, wie die Landesregierung den Vorschlag beurteile, eine Instanz „Offshore-Beauftragter“ zu schaffen.

Herr J. Singer, seit 1. Januar 2011 Bürgermeister auf Helgoland, streicht einen Sekundäreffekt der Ansiedlung einer neuen Industrie heraus, nämlich dass sich Menschen ansiedelten. Zukünftige Betreiber, Hafengesellschaft und Kommune arbeiteten Hand in Hand, um die Ressource Wind nutzbar zu machen. Schwierigkeiten könnten überwunden werden, wenn Prioritäten gesetzt würden. Helgoland sei ein Kristallisierungspunkt für die Offshore-Windenergie, ein Pilotprojekt. In einem Privatunternehmen werde in einem solchen Fall die zuständige Abteilung vergrößert, auch mit externem Sachverstand ausgestattet, um die Chance zu nutzen. Auf der Gegenseite, bei den Genehmigungsbehörden, sollte das auch der Fall sein. Es sollte einen zentralen Ansprechpartner in Kiel geben, der um Interna und Zuständigkeiten wisse und Leerlauf und Verzögerungen vermeiden helfen könne. Für Helgoland sei Offshore ein Schlüssel, um selbständiger zu werden. 7 Millionen € seien da gut investiert.

Herr Dr. Rösner präzisiert, die dänische Untersuchung zum Verhalten von Zugvögeln beziehe sich hauptsächlich auf Eiderenten und Wasservogel. Was mit den hundert Millionen Singvögeln passiere, sei ungelöst. Allein gegen die Forschungsplattform FINO flögen Tausende. Dieses Problem müsse noch gelöst werden. Dazu seien Forschung und Vorsicht bei der Entwicklung nötig. Maßnahmen kosteten viel Geld. Es sei unrealistisch, zu erwarten, dass eine Aktiengesellschaft so etwas freiwillig tue. Dafür gebe es Genehmigungsverfahren und Auflagen. Diese Auflagen dürften nicht ignoriert werden.

St Dr. Zieschang stellt klar, der Hinweis, dass mit dem Wechsel der Zuständigkeit auf einen anderen Landesbetrieb kein Personalwechsel verbunden sein müsse, habe sich nicht auf die Forderung nach einem einheitlichen Ansprechpartner bezogen. Positiv sei, dass im schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministerium die Zuständigkeit für Wirtschaft, Wissenschaft und Verkehr gebündelt sei, anders als beim Bund. Hausintern sei weiter zusammengefasst worden; sie, St Dr. Zieschang, sei für die Häfen, für den Netzausbau und für den Bereich Energiepolitik zuständig.

Die Handlungsempfehlungen enthielten ein Bündel von Maßnahmen, innerhalb derer Prioritäten gesetzt werden müssten. Die Häfen Helgoland, Brunsbüttel und Büsum genossen Vorrang beim Thema Offshore. Helgoland stehe an erster Stelle, weil bereits Investoren vorhanden seien.

Dass überlegt werde, landeseigene Häfen zu privatisieren oder zu kommunalisieren, rühre daher, dass das Land für den Unterhalt zuständig sei und nicht mehr mit den täglichen Betriebskosten konfrontiert sein wolle. Davon zu trennen seien Investitionen. Auf Helgoland würden Bundesmittel aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ investiert. Zu entscheiden sei, ob künftig GRW-Mittel auf alle Häfen der Hafenkooperation gleichmäßig verteilt oder schwerpunktmäßig eingesetzt werden sollten.

Herr Volmari verdeutlicht, die Gewerbesteuereinnahmen aus der Windkraft könnten entweder der Bund oder die Länder bekommen; eine Mischform sei nicht vorgesehen. Wenn sie die Länder erhielten, verteilten sie sich hälftig auf Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Die Einnahmen sollten den Ländern zufließen, da diese die Hauptlast zu tragen hätten. Mit dänischen Häfen gebe es keine Kooperation, sondern lediglich einen Informationsaustausch. Die Hafenkooperation solle das schleswig-holsteinische Hafenangebot platzieren. Dänemark sei ein Wettbewerber.

Schleswig-Holstein sei im Maschinenbau, dem klassischen Zulieferer für Offshore-Anlagen, schlechter aufgestellt als Nordrhein-Westfalen, gut dagegen in Sachen maritimer Dienstleis-

tung. Es gebe ein Marktpotenzial von mehreren Tausend Fundamenten. Es sei logistisch nicht sinnvoll, die Fertigung woanders anzusiedeln.

Es gebe Empfehlungen an das Land, die nichts kosteten, die aber Zeit und Geld sparten, etwa der Offshore-Beauftragte als zentraler Ansprechpartner oder ein starkes Engagement in Sachen Gewerbesteuerereinnahmen. Durch die EEG-Novellierung könnten die Einnahmen deutlich erhöht werden. Vonseiten der Offshore-Stiftung werde versucht, eine bessere Anfangsvergütung zu erreichen. Wenn die Renditeerwartungen verbessert würden, sei die Finanzierung leichter. Es koste auch nichts, wenn sich das Land darum kümmere, über die Erweiterungsgebiete im Bereich der Offshore-Windparks mit den Naturschutzverbänden zu diskutieren, darüber zu reden, welche Möglichkeit bestehe, die ursprüngliche Planung umzusetzen.

Bei der Zwischenevaluierung des Zukunftsprogramms werde die Verwendung von EU- und Bundesmitteln untersucht. Auch der Hafenausbau mit GRW-Mitteln koste das Land nichts. Von den Maßnahmen profitieren sollten alle Hafenstandorte, auch kleinere. Die schwerlastbeständige Straßenanbindung des Hafens Husum werde 2012 kommen. Nachdem das Land seine Finanzierungszusage zurückgezogen habe, habe die Region Mittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, GVFG-Mittel, eingeworben und zahle 15 Prozent selber.

Herr Schnabel weist auf ein Faltblatt der Hafenkooperation für ein Hafenkonzept hin - es liege aus -, die Konkretisierung solle bis Mai erfolgen. In Brunsbüttel würden derzeit Windkraftflügel für einen Offshore-Windpark vor der Nordwestküste Englands, sogenannte 5M-Flügel mit über 60 m Länge, umgeschlagen. Hier sei zu besichtigen, wie viel Platz für Offshore benötigt werde. Brunsbüttel sei also bereits heute an Offshore-Windparks beteiligt.

Der amtierende Vorsitzende, Abg. Harms, dankt allen Beteiligten und regt an, die Gesprächsrunde nach den Sommerferien fortzusetzen, um dann zu sehen, inwieweit Projekte umgesetzt worden seien und gegebenenfalls noch Hilfe seitens des Landes nötig sei.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Aktenvorlagebegehren nach Artikel 23 Abs. 2 der Landesverfassung

Anträge des Abgeordneten Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umdrucke 17/2054 und 17/2158

Die Aktenvorlagebegehren Umdrucke 17/2054 und 17/2158 finden mit den Stimmen der Abgeordneten Poersch, Sellier, Dr. Tietze, Thoroe, Harms, Magnussen, Jasper u. a. das erforderliche Quorum.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

In Ergänzung seiner bisherigen Terminplanung sieht der Ausschuss für den 16. Juni 2011 in der Zeit von 10:00 bis circa 12:00 Uhr eine Teilnahme an einer gemeinsamen Sitzung mit dem Finanzausschuss zum Thema „unterstützende Tätigkeit der Investitionsbank beim Klimaschutz und bei der Energiewende“ vor.

Der Einladung des Gartenbauverbandes Nord zum Besuch der Landesgartenschau 2011 in Norderstedt möchte der Ausschuss Folge leisten. Ein Termin für diese Sitzung, in der gegebenenfalls über den Besuch hinausgehend noch weitere Themen beraten werden sollen, soll in Absprache mit dem Gartenbauverband Nord vereinbart werden.

Der amtierende Vorsitzende, Abg. Harms, schließt die Sitzung um 13:15 Uhr.

gez. Bernd Schröder

Vorsitzender

gez. Manfred Neil

Geschäfts- und Protokollführer